

Kontrapunkt.

Zeitschrift der **SPD-Stadtratsfraktion St. Wendel**

Ausgabe 1, November 2024



„Wir halten auch nach der Wahl, was wir vor der Wahl versprochen haben!“

Als deutlich stärkste Oppositionsfraktion im Stadtrat werden wir weiterhin auch denjenigen Gehör schenken, die sonst aufgrund der Lautstärke der politischen Mehrheit nicht zu Wort kommen.

Im Sinne der Meinungsvielfalt wollen wir den Kontrapunkt zur Mehrheitskoalition aus CDU und proWND setzen.

Als SPD-Stadtratsfraktion stehen wir für Offenheit, Bürgernähe und Transparenz. Nehmen Sie mich beim Wort!“

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die Kommunal- und Bürgermeisterwahlen liegen nun bereits fast ein halbes Jahr hinter uns. Ich möchte aber noch die Gelegenheit nutzen, mich bei Ihnen für das uns ausgesprochene Vertrauen zu bedanken. Mit einem Zugewinn von 7,6% und zwei zusätzlichen Sitzen im Stadtrat im Vergleich zur Wahl 2019 haben Sie uns zur deutlich stärksten Oppositionsfraktion gemacht.

Historisch dabei: Die CDU hat, nachdem sie schon 2019 ihre Zweidrittelmehrheit verloren hatte, nun erstmals seit Menschengedenken keine absolute Mehrheit mehr im Stadtrat.

Leider haben die letzten Monate aber gezeigt, dass die CDU dennoch weiter schalten und walten kann, wie sie möchte, da die neue Wählervereinigung proWND eine Koalition mit ihr gebildet hat.

Zählte proWND im Wahlkampf noch zu den ärgsten Kritikern des Bürgermeisters und der CDU, hat proWND-Chef Stephan Rieth mittlerweile eine 180-Grad-Wende hingelegt und vertritt jetzt (z. B. beim Thema „Missionshaus“ ohne Schamfrist 1:1 die Positionen der CDU. Nicht wenige Wählerinnen und Wähler fühlen sich daher um ihre Stimme betrogen. Mit der neuen Fraktionszeitschrift „Kontrapunkt“ wollen wir Sie in losen Abständen über unsere Arbeit im Stadtrat informieren. Diese erste

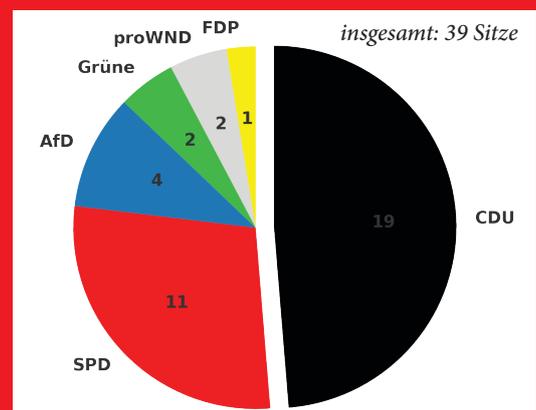
Ausgabe wird kostenlos in gedruckter Form an alle Haushalte verteilt. Da unsere finanziellen Mittel sehr begrenzt sind, werden wir prüfen, ob es die künftigen Ausgaben auch gedruckt oder rein digital auf unserer Homepage www.spd-sankt-wendel.de zum Download gibt.

Über ein Feedback von Ihnen zu diesem neuen Angebot würden wir uns daher sehr freuen!

Herzliche Grüße

Marc André Müller, Fraktionsvorsitzender

Neue Sitzverteilung im Stadtrat (2024 - 2029)



Vorstellung der neuen SPD-Stadtratsfraktion

Wir setzen uns für Ihre Belange ein. Sprechen Sie uns einfach an!



1 Marc André Müller
aus Marth
Fraktionsvorsitzender
m.mueller@spd-sankt-wendel.de

2 Jessica Patuschka
aus St. Wendel
Sprecherin im Werksausschuss
„Abwasserwerk und Eigenbetrieb
Abfallentsorgung“
j.patuschka@spd-sankt-wendel.de

3 André Cullmann
aus Bubach
Fraktionsgeschäftsführer
a.cullmann@spd-sankt-wendel.de

4 Michael Scharwath
aus St. Wendel
Stv. Fraktionsvorsitzender
Sprecher im Ausschuss
für Umwelt-, Bau- und
Sanierungsangelegenheiten
m.scharwath@spd-sankt-wendel.de

5 Réka Klein
aus Winterbach
Stv. Fraktionsvorsitzende
Sprecherin im Ausschuss für
Kultur-, Jugend-, Sport-, Senioren-
und Sozialangelegenheiten
r.klein@spd-sankt-wendel.de

6 Armin Fuchs
aus Bliesen
Stv. Fraktionsvorsitzender
Sprecher im Haupt- und Personal-
ausschuss
a.fuchs@spd-sankt-wendel.de

7 Kerstin Birkenbach
aus Oberlinxweiler
k.birkenbach@spd-sankt-wendel.de

8 Mario Kelter
aus Oberlinxweiler
m.kelter@spd-sankt-wendel.de

9 Klaus Riotte
aus Niederlinxweiler
Sprecher im Ausschuss für
Rechnungsprüfungsangelegen-
heiten
k.riotte@spd-sankt-wendel.de

10 Thomas Krampe
aus Osterbrücken
Sprecher im Werksausschuss
„Eigenbetrieb Kommunales
Liegenschaftsmanagement“
t.krampe@spd-sankt-wendel.de

11 Jürgen Möller
aus St. Wendel
Sprecher im Ausschuss für
Finanzen, Wirtschaft und Verkehr
j.moeller@spd-sankt-wendel.de

**Erfahren Sie mehr über unsere
Arbeit im Internet:**

www.spd-sankt-wendel.de
www.facebook.com/SPDWND
www.instagram.com/spd_wnd

Impressum:

Herausgeber: SPD-Stadtratsfraktion St. Wendel,

V.i.S.d.P.: Marc André Müller, Hofer Str. 10, 66606 St. Wendel, Mail: m.mueller@spd-sankt-wendel.de

Gute Nachrichten für den Vereins- und Schulsport: Durchbruch in den Verhandlungen über die neue Dreifeldsporthalle

Das sind sehr gute Nachrichten für unsere sporttreibenden Vereine und für den Schulsport. Nach intensiven Verhandlungen haben wir endlich eine Einigung über den Neubau der Sporthalle in St. Wendel erzielt. Wir freuen uns sehr, dass es uns nach vielen gemeinsamen Gesprächen gelungen ist, dieses wichtige Projekt voranzutreiben. Unser besonderer Dank gilt unserem Innenminister Reinhold Jost und unserem Staatssekretär Torsten Lang, die sich mit großem Engagement für St. Wendel eingesetzt haben und den Neubau mit einer Bedarfszuweisung in Höhe von 5 Millionen Euro unterstützen. Ohne ihre großzügige Hilfe wäre dieses Vorhaben in dieser Form nicht möglich gewesen.



Unser Fraktionsvorsitzender Marc André Müller (Mitte) mit Staatssekretär Torsten Lang (links) und Innenminister Reinhold Jost (rechts) am Rande der Verhandlungen über einen Zuschuss.

Doch bei aller Freude darf eines nicht unerwähnt bleiben: **Die Kosten für den Bau der neuen Halle werden erheblich sein!** Und hier tragen Bürgermeister Peter Klär und die CDU-Fraktion im Stadtrat eine große Schuld! Jahrelang wurde es versäumt, in den Erhalt der alten Sporthalle zu investieren. Man hat die Augen vor dem immer größer werdenden Sanierungsstau verschlossen und sich beharrlich unserer Forderung verweigert, ein Gutachten einzuholen, das die realen Zustände aufgezeigt hätte. Diese Ignoranz hat nun dazu geführt, dass ein Neubau die einzige Option bleibt – und das zu einem deutlich höheren Preis, als es eine frühzeitige Sanierung gekostet hätte.

Schon 2014 hatte der Bürgermeister seine Pläne eines Neubaus verkündet. Binnen zwei bis drei Jahren sollte die neue Halle fertig sein. Hier hat sich die CDU in der Planung der Realisierungszeit aber völlig verkalkuliert. Statt realistisch, maßvoll und zweckmäßig zu planen, ging man zum Größenwahn über. Von einer „Eventhalle“ für Großevents oder gar von einem „Olympiastützpunkt light“ war zwischenzeitlich die Rede.



Die alte, inzwischen marode Sporthalle im Sportzentrum. Weil eine dauerhafte Sanierung wirtschaftlich nicht mehr tragbar ist und die Unterhaltung jährlich enorme Summen schluckt, muss jetzt dringend ein Neubau her.

Durch viele nicht kalkulierte Verzögerungen und Teuerungen musste das Projekt aber mehrfach im Umfang verkleinert und schließlich gestoppt werden.

Das Ergebnis: Wir stehen heute mit massiv gestiegenen Baukosten und einer deutlichen zeitlichen Verzögerung da.

Die Corona-Krise und der Krieg in der Ukraine können dabei jedoch nicht als alleiniges Alibi herangezogen werden, denn der Landkreis Neunkirchen hat in Illingen in den letzten Jahren gezeigt, wie es auch anders gehen kann.

Dort wurde im Sommer 2024 eine Dreifeldsporthalle für insgesamt 8,5 Mio. Euro fertiggestellt. Es geht also auch deutlich günstiger als für die in St. Wendel veranschlagten knapp 23 Millionen Euro brutto.

Allerdings stecken wir an dieser Stelle in einer Falle: Weil ein Architektenbüro bereits den Zuschlag für die neue St. Wendeler Halle erhalten hatte und von seinen Plänen nicht weiter abweichen möchte und weil der Bürgermeister mit Unterstützung der CDU bis 2023 schon über 2,3 Mio. für die Umsetzung des Konzeptes verausgabt hatte, muss an diesen Plänen nun festgehalten werden. Denn ein neuer Plan würde weitere Verzögerungen und Kosten verursachen und die 2,3 Mio. Steuergelder wären dadurch für immer verloren.

Jetzt wollen wir nach vorne schauen! Wir dürfen keinen weiteren Tag mehr verlieren, denn jede weitere Verzögerung wird das Projekt nochmal verteuern. Als SPD übernehmen wir hier Verantwortung für unsere Stadt und setzen uns deshalb dafür ein, dass die Halle jetzt schnell und in guter Qualität fertiggestellt wird. Das sind wir unseren Vereinen und den Schulen schuldig!

Trotzdem sollten wir aus den Fehlern der Vergangenheit lernen, um als Stadtrat künftig verantwortungsvoller mit den Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger umzugehen!

Unsere Haltung zum Bebauungsplan Missionshaus

Warum wir die Pläne eines Investors sehr skeptisch betrachten

Stellen Sie sich vor, Sie gehen regelmäßig an einem Gebäude vorbei, das Sie schon Ihr ganzes Leben lang begleitet. Es ist alt, vielleicht etwas in die Jahre gekommen, aber voller Geschichte, Erinnerungen und Emotionen. So geht es vielen von uns mit dem Missionshaus. Seit über 120 Jahren steht es da. Generationen von Schülern haben das Arnold-Janssen-Gymnasium besucht – ein Symbol für unsere Stadt und unsere Geschichte.

Aber jetzt steht das Missionshaus im Mittelpunkt eines großen Bauvorhabens. Viele hoffen, dass es durch dieses Projekt gerettet wird. Doch genau hier liegt das Problem: Es gibt derzeit keine Garantie, dass das Missionshaus wirklich erhalten bleibt. Die SG Strukturholding, die das Projekt umsetzen will, hat bisher nichts Konkretes zugesichert. Die Ungewissheit wird noch verstärkt, weil einer der Investoren an zwei anderen Projekten in Saarbrücken und Völklingen beteiligt ist, die seit langer Zeit wegen zu hoher Kosten durch den Denkmalschutz gestoppt sind. Genau das kann auch in St. Wendel ein Problem werden. Was, wenn am Ende auch in St. Wendel nur die Neubauten übrigbleiben und das Missionshaus verschwindet? Es gibt ein altes Sprichwort: „Man weiß erst dann, was man hatte, wenn es weg ist.“ Wir dürfen nicht zulassen, dass dieses historische Gebäude einfach verloren geht. Es gehört zu unserer Geschichte, und wir sollten sicherstellen, dass es auch für zukünftige Generationen erhalten bleibt. Deswegen setzen wir uns als SPD dafür ein, dass das Missionshaus geschützt wird – und das nicht nur als vage Hoffnung, sondern als klare Bedingung. Ohne Garantie für den Erhalt des Missionshauses darf es auch kein Neubaugebiet geben! Es sprechen aber noch weitere Gründe gegen das geplante Neubaugebiet:



Aber jetzt steht das Missionshaus im Mittelpunkt eines großen Bauvorhabens. Viele hoffen, dass es durch dieses Projekt gerettet wird. Doch genau hier liegt das Problem: Es gibt derzeit keine Garantie, dass das Missionshaus wirklich erhalten bleibt. Die SG Strukturholding, die das Projekt umsetzen will, hat bisher nichts Konkretes zugesichert. Die Ungewissheit wird noch verstärkt, weil einer der Investoren an zwei anderen Projekten in Saarbrücken und Völklingen beteiligt ist, die seit langer Zeit wegen zu hoher Kosten durch den Denkmalschutz gestoppt sind. Genau das kann auch in St. Wendel ein Problem werden. Was, wenn am Ende auch in St. Wendel nur die Neubauten übrigbleiben und das Missionshaus verschwindet? Es gibt ein altes Sprichwort: „Man weiß erst dann, was man hatte, wenn es weg ist.“ Wir dürfen nicht zulassen, dass dieses historische Gebäude einfach verloren geht. Es gehört zu unserer Geschichte, und wir sollten sicherstellen, dass es auch für zukünftige Generationen erhalten bleibt. Deswegen setzen wir uns als SPD dafür ein, dass das Missionshaus geschützt wird – und das nicht nur als vage Hoffnung, sondern als klare Bedingung. Ohne Garantie für den Erhalt des Missionshauses darf es auch kein Neubaugebiet geben! Es sprechen aber noch weitere Gründe gegen das geplante Neubaugebiet:

Fehlende Erforderlichkeit:

Es gibt bereits ausreichend erschlossene bzw. geplante Reserveflächen und Bauplätze in den Gebieten Abendstall, Lanzenberg und Pappelweg. Selbst die Obere Baubehörde des Landes hat die derzeitigen Reserveflächen mehrfach als „überdimensioniert“ bezeichnet. Bei Fragen zur Bedarfsberechnung neuen Wohnraums gibt sich der Bürgermeister seit Monaten sehr einsilbig. Es gibt auch kein Leerstandskataster in St. Wendel, dabei kann man bei einem Spaziergang durch die Stadt sehr viele Leerstände erkennen und der demografische Wandel wird die Leerstandsquote in den nächsten 30 Jahren noch dramatisch erhöhen. „Die Stadtmitte stärken“ und innerstädtische Leerstände bekämpfen, statt die Mitte durch eine neue Splittersiedlung weiter zu schwächen, sollte daher doch eigentlich das Motto der Stadtpolitik sein!

Unzulässigkeit:

Liest man den § 35 des Baugesetzbuches, gibt es keinen Zweifel: Eine Wohnbebauung im Außenbereich ist nicht zulässig. Das steht sogar wortwörtlich auf Seite 4 des Bebauungsplanentwurfs. Weiterhin sieht der neue Landesentwicklungsplan auf Teilen der betroffenen Fläche ein Vorhaltegebiet für den Biotopverbund (VBB) vor. Eine zwingend durchzuführende Umweltverträglichkeitsprüfung ist nicht erfolgt. Das Vorhaben verstößt also gegen den Umweltschutz.

Mangelhafte Bürgerbeteiligung:

Die zahlreichen Einsprüche von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen der ersten Offenlegungsphase wurden in einer Sammelabwägung abgetan, ohne eine detaillierte Einzelabwägung vorzunehmen. Dies ist nicht nur ein undemokratisches Vorgehen, sondern könnte auch rechtswidrig sein.

Städtebaulicher Vertrag:

Der städtebauliche Vertrag zwischen der SG Strukturholding und der Stadt wurde erst nachträglich erstellt, anstatt die Vorgaben bereits im Bebauungsplan zu verankern. Es stellt sich auch die Frage: Was passiert, wenn der Investor die Vorgaben nicht erfüllen kann? Die SG Strukturholding haftet als GmbH lediglich mit ihrer Einlage von 100.000 Euro. Wer kommt in einem solchen Fall für den Schaden auf? Läuft hier alles nach dem Prinzip „Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren“?

Überhastetes Verfahren:

Das gesamte Vorhaben wirkt übereilt und überhastet durchgeführt, was die Fehleranfälligkeit deutlich erhöht. Es gibt Hinweise darauf, dass bereits zahlreiche Verfahrensfehler gemacht wurden. Dies könnte in der Folge zu Klagen führen, die der Stadt finanzielle Schäden durch Anwalts- und Gerichtskosten verursachen.

Versteckte Kosten für die Stadt:

Der Bürgermeister hat mehrfach versprochen, dass der Stadt durch das Bauvorhaben keine Kosten entstehen. Inzwischen hat das Bauamt jedoch gegenüber Unterliegern eingeräumt, dass die Stadt für die Unterhaltung der Straßen und die sehr kostspielige Wartung der Wasserrückhaltebecken aufkommen muss.

Gefahren für die Unterlieger:

Es gibt Befürchtungen, dass durch die Versiegelung der Flächen am Heiligen Berg zusätzliche Gefahren für die tiefergelegenen Anwohner entstehen. Die Versicherung eines Unterliegern hat bereits den Abschluss einer Elementarversicherung abgelehnt, da das Risiko einer Überflutung bei Starkregen als zu groß eingeschätzt wird. Ein vergleichbarer Fall ereignete sich in Wadgassen beim Pfingsthochwasser 2024.

Diese Punkte verdeutlichen, dass das Bauvorhaben nicht nur aus naturschutzrechtlicher und städtebaulicher Sicht bedenklich ist, sondern auch erhebliche finanzielle und rechtliche Risiken für die Stadt und die Bürgerinnen und Bürger birgt. Die SPD-Stadtratsfraktion fordert eine verantwortungsvolle und transparente Planung im Interessen der Bevölkerung.